

Claus Offe, Europa in der Falle (2016) (zuerst Cambridge 2014: Europe entrapped)

Für die Analyse der verschiedenen Aspekte der Europäischen Union stehen zwei unterschiedliche Untersuchungsmethoden zur Verfügung: Die historische und die formallogische. Wählt man die historische Methode, geht man von einzelnen Geschehnissen aus und analysiert die Ziele, die angesichts dieser Geschehnisse verfolgt wurden. Dann wird untersucht, inwieweit diese Ziele erreicht wurden oder nicht.

Offe verfolgt die formallogische Herangehensweise, d. h. er konfrontiert die bestehende Wirklichkeit mit möglichen Zielsetzungen, man könnte auch sagen: dem Anspruch. Offe kommt zu dem Ergebnis, dass die Europäische Union versagt hat, wenn man sie mit der Vorstellung einer supranationalen Organisation konfrontiert, welche die Unterschiedlichkeit der nationalen Identitäten und Interessen überwindet. Würde man aber die Europäische Union als ein Instrument betrachten, das die traditionellen Animositäten zwischen Frankreich und Deutschland im neunzehnten und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu überwinden trachtet, dann käme man sicher zu einem anderen Ergebnis. Zu einem anderen Ergebnis käme man auch, wenn als oberstes Ziel der Europäischen Union die Schaffung eines möglichst großen, europäischen Marktes angesehen würde oder die Begrenzung des russischen Einflusses in Osteuropa.

Nach Meinung von Claus Offe leidet die Eurozone unter einem Geburtsfehler: Die Mitglieder der Eurozone wurden auf der einen Seite geldpolitisch entmachtet, weil sie ihre nationalen

Währungen aufgegeben haben; auf der anderen Seite waren sie nach dem Wortlaut der Verträge daran gehindert, die gemeinsame Regierungsfähigkeit und wirtschaftspolitische Gestaltungskapazität aufzubauen, welche ihnen erlauben würde, ihre Interdependenz in einer allseitig erträglichen Weise zu regeln und gleichzeitig die Macht der Finanzmärkte zu kontrollieren.

Dieser sogenannte Geburtsfehler ist eine konsequente Folge der Durchsetzung neoliberaler Positionen. Diese gehen davon aus, dass der Markt, im Sinne Hayeks, eine soziale und "natürliche" Ordnung darstellt, die absichtslos aus evolutionären Kräften hervorgeht und sich menschlichem Planen entzieht. Nach Offe hat diese Theorie inhaltlich Defizite, denn sie vergisst zu beachten, dass - noch bevor die erste Markttransaktion zwischen einem Käufer und einem Verkäufer stattfindet - , ein Staat bereits existieren muss, der (zumindest) drei Dinge garantiert: Eigentumsrechte, Vertragsrechte sowie ein gesetzliches Zahlungsmittel, das es den Marktteilnehmern erst erlaubt, miteinander in Austausch zu treten. Hinzu kommt, dass der Marktwettbewerb, wie schon Adam Smith wusste, stets die Tendenz aufweist, sich selbst zu untergraben. Deswegen muss er, wenn ein Markt dauerhaft einen unverfälschten Wettbewerb realisieren soll, kontinuierlich von staatlicher Seite - zum Beispiel von Monopolbehörden - überwacht und bei Abweichungen korrigiert werden.

Auch die Geschichte der Europäischen Union in den letzten Jahren zeigt die Unzulänglichkeit dieses neoliberalen wirtschaftspolitischen Ansatzes, denn auch die Vertreter des Neoliberalismus müssen wirtschaftspolitische Entscheidungen über Eingriffe in das Marktgeschehen treffen, und das, obwohl den entsprechenden Institutionen, wie der Europäischen Zentralbank oder der EU-Kommission, die demokratische Legitimation dazu fehlt.

Wie die Europäische Zentralbank gegenwärtig agiert, entspricht den Vorstellungen und Wünschen der Bundesregierung. Denn seit der horrenden Inflation in der Zwischenkriegszeit herrscht in Deutschland die Vorstellung, dass die Zentralnotenbank unabhängig von politischen Einflüssen sein muss. Und es gibt gute Argumente für diese Einstellung. Die Erfahrungen, die man mit der Verfolgung dieses Prinzips gemacht hat, sind nicht schlecht. Aber es spricht auch vieles dafür, eine Situation als absurd zu bezeichnen, in der die Liquidität der griechischen Banken allein von einer Person, Herrn Draghi, abhängt, einer Person, die von aller Verantwortung - sozusagen wasserdicht - freigestellt ist gegenüber Parteien, Regierungen, Parlamenten und Wählern.

Die Mitglieder der EU-Kommission ihrerseits, die Entscheidungen alle Mitgliedsstaaten betreffend fällen, werden nur von den Regierungen der Mitgliedsstaaten bestellt, und nicht durch allgemeine Wahlen. Wobei zu bedenken ist, dass die Auswahl der Kandidaten für die EU Kommission fast immer von Themen beherrscht wird, die sich auf Innenpolitik beziehen.

Aber es fehlt nicht nur eine ausreichende, demokratische Legitimation der Mitglieder der EU Kommission, sondern auch eine Kontrolle ihrer Beschlüsse. Dieses Defizit soll dadurch, wenn nicht behoben so doch zumindest beschränkt werden, dass die Beschlüsse der EU-Kommission einstimmig gefällt werden müssen. Doch bereits die Diskussion über das Freihandelsabkommen mit Kanada zeigt, dass diese Lösung nicht nur unzureichend ist, sondern dass sie gute Voraussetzungen dafür bietet, partikulare Interessen einzelner Staaten oder Regionen durchzusetzen.

Unbestritten ist in jedem Fall, dass die Europäische Union sich heute in einer schweren Krise befindet. Darin stimmt auch die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen überein. Geringer

ist die Übereinstimmung, wenn es darum geht, eine Strategie zu finden, um die Krise zu überwinden. Um ein Beispiel zu nennen: Um die Finanz- und Wirtschaftskrise von Griechenland zu bekämpfen, verlangt Claus Offe eine Teilstundung der griechischen Schulden, was zum Beispiel Schäuble radikal ablehnt. Bei einer demokratischen Entscheidung durch allgemeine Wahlen zwischen den beiden Strategien - Stundung oder Ablehnung jeder Stundung - , würde, nach meiner Befürchtung, zumindest in Deutschland, die neoliberale Position eine klare Mehrheit erhalten, d. h. Ablehnung jeder Stundung.

Die Tiefe der aktuellen Krise ist einem zentralen Widerspruch geschuldet: Die Dinge, die im Interesse der Stabilisierung der Union und Eurozone dringend angegangen werden *müssen*, sind innerhalb der Mitgliedsstaaten gleichzeitig in hohem Maße und offenbar zunehmend unpopulär. Das, was zu tun geboten ist (und worüber sich »im Prinzip« alle einig sind, nämlich *irgendeine* Art der Neuverteilung von Bürden und Zuständigkeiten innerhalb der EU) können die nationalstaatlichen Eliten, sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie, ihren Wählern »nicht verkaufen«, d. h. erklären und akzeptabel machen. Schließlich sind die politischen Parteien, die diesen »Verkauf« zu organisieren hätten, nach wie vor wesentlich *nationale* Machterwerbsorganisationen, die im Geiste eines positivistischen Opportunismus den (vermeintlich) »gegebenen« und unabänderlichen Präferenzen der Wähler folgen, anstatt sich veranlasst zu sehen, diese Präferenzen zu *prägen*, einen Konsens zu *bilden* und grenzüberschreitende Vertrauensbeziehungen und Solidaritäten zu bilden.

Wenn man akzeptiert, dass die Eurozone unter jenem von Offe so bezeichneten Geburtsfehler leidet, könnte man glauben, dass die beste Lösung darin bestünde, den Fehler rückgängig zu machen und zu nationalstaatlichen Situationen zurückzukehren. Diese Position wird nicht nur von Rechtspopulisten vertreten, sondern

auch von einzelnen "Linken". Diese sind sich weitgehend einig in der Kritik an bestimmten Politiken der EU, wie zum Beispiel dem Waffenexport oder der Liberalisierung des Gesundheitssystems. Noch weiter gehen einzelne Linkspopulisten in Griechenland, Spanien und Italien, die einige Mobilisierungserfolge erzielen konnten, in dem sie die EU als Verursacher der Schuldenkrise und der aus ihr folgenden ökonomischen und sozialen Krise anklagten und von einem verfehlten Krisenmanagement sprechen, ohne aber eine Alternative formulieren zu können. Eine theoretische Kritik an der europäischen Integration hat Wolfgang Streeck vorgetragen. Er geht davon aus, dass innerhalb der Grenzen des Nationalstaates und seines demokratischen Gemeinwesens die Möglichkeiten für Investoren und Arbeitgeber, Besteuerungen und Regulierungen zu umgehen, relativ beschränkt sind. Demokratie und Sozialstaat sind historisch das Ergebnis eines Klassenkompromisses, dessen Bedingungen innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens auch für die Kapitalseite einzuhalten sind. Das Problem ist, dass auf der Ebene des europäischen Binnenmarktes sich das Kapital unerwünschten steuerlichen Belastungen leicht entziehen kann. Außerdem bietet der europäische Binnenmarkt Unternehmen oft die Abwanderungsoption. Deswegen hat, nach Streecks Meinung, die gemeinsame Währung die Euroländer nicht nur untereinander gespalten, sondern ihnen auch ihre politische Handlungsfähigkeit genommen. In diesem Sinne wäre auch das Vorhaben einer weiteren wirtschaftlichen und politischen Integration Europas gleichbedeutend mit einer Zwangshomogenisierung, die wirtschaftlich aussichtslos und politisch negativ zu beurteilen sei. Streeck plädiert für die Renationalisierung der Wirtschafts- und Geldpolitik in Europa, für eine Politik, die sich nach spezifischen Bedürfnissen der Staaten und ihrer Gesellschaften richten soll und nicht nach der herrschenden "Marktgerechtigkeit".

Gegen Streecks Position wendet Offe ein, dass nicht zu erkennen sei, woher die politische Unterstützung für diese Strategie kommen soll, und dass der definitive und unumkehrbare Charakter der neoliberalen politischen Kräfte in Europa bestreitbar sei. Dazu wäre anzumerken, dass der Niedergang der Arbeiterbewegung in den europäischen Staaten keineswegs allein auf die Europäische Union, sondern vor allem auf innerstaatliche Entwicklungen zurückzuführen ist. Würde eine Rückführung auf ein nationalstaatliches Niveau stattfinden, wenn das überhaupt möglich wäre, würde wahrscheinlich trotzdem keine Wiedererstarkung der Arbeiterbewegung stattfinden.

Die linken Vertreter einer Renationalisierung sind in jedem Fall eine kleine Minderheit: Die meisten Vertreter der Renationalisierung sind rechts verortet. Offe bringt eine Reihe von Argumenten, warum kein Land die Europäische Union verlassen sollte und warum kein Land sie verlassen wird. Nach dem BREXIT sind diese Argumenten nicht obsolet geworden, aber Großbritannien zeigt, dass politische Ängste und Vorurteile gegenüber Ausländern stärker sein können als ökonomische Vernunft. Die britische Regierung erhofft anscheinend mit Hilfe eines Freihandelsabkommens die Vorteile der Wirtschaftsunion für sich behalten zu können, ohne die Pflicht, die die politische Union mit sich bringt, erfüllen zu müssen. In naher Zukunft werden wir die Antwort auf die Frage bekommen und erfahren, ob diese Hoffnungen und bis zu welchem Punkt berechtigt sind. Da Bedenken gegen und Ängste vor der politischen Union in ganz Europa weit verbreitet sind, fürchte ich, dass diese (Wunsch)Lösung der britischen Regierung, die eine weitere Schwächung der politischen Union wäre, sich durchsetzen könnte.

Claus Offe dagegen plädiert für eine Vertiefung und Demokratisierung der Europäischen Union. Er verlangt eine direkt gewählte, politisch orientierte Regierung, die eine

gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik vertritt und über eine Opposition verfügt, was möglicherweise nur mit europaorientierten Parteien möglich sein würde. Offe ist sich im klaren darüber, dass eine solche Superregierung die Gefahr beinhaltet, zu einer freudlosen und technokratischen Riesenveranstaltung zu werden. Doch das Argument ist bestechend, wenn Wirtschaftsräume so groß sind, wie sie sind, dann muss die Reichweite der Politik sie auch einholen können.